

**Ansprache von Landrat Michael Makiolla auf dem Neujahrsempfang der
SPD Unna am 10. Januar 2016 in Unna**

Es gilt das gesprochene Wort!

**Lieber Volker König,
Lieber Oliver Kaczmarek,
Lieber Hartmut Ganzke,
Lieber Werner Kolter,
meine sehr verehrten Damen und Herren,**

**Wenn der Landrat gebeten wird, auf einer Veranstaltung eines SPD-
Stadtverbandes eine Ansprache zu halten, dann scheint dies durchaus
etwas Außergewöhnliches zu sein.**

**Bisher ist es mir nur gelungen, von der SPD in Schwerte als Redner für
den Jahresempfang eingeladen zu werden.**

Wie dem auch sei, und welche besondere Situation auch Motiv dieser Einladung gewesen sein mag, ich bedanke mich ganz herzlich beim SPD-Stadtverband und bei der SPD-Ratsfraktion für die Gelegenheit, Ihnen heute hier einige Ansichten aus der Kreispolitik vermitteln zu dürfen.

Vielleicht gelingt es mir, die Perspektive der örtlichen kommunalpolitischen Diskussion hier in Unna ein kleines bisschen zu erweitern.

Insbesondere sollten sich gerade Sozialdemokraten weniger mit sich selbst beschäftigen, sondern mit den großen politischen Herausforderungen, mit denen diese Stadt und diese Region konfrontiert sind.

In diesen Tagen laufen wir alle bei der Betrachtung und Bewertung der Realität in unserem Land und in unserer Region, aus manchmal durchaus nachvollziehbaren Gründen, leicht in Gefahr, in einen nachhaltigen und demotivierenden Pessimismus zu verfallen.

Das ist – zumindest im Hinblick auf unsere Region, auf den Kreis Unna und auf das westfälische Ruhrgebiet – falsch.

Da wir Westfalen sind, gehören wir von Natur her nicht zu denjenigen, die bei Erfolgen laut jubeln, damit alle anderen hören, dass wir etwas zu feiern haben.

Im Gegensatz insbesondere zu unseren Nachbarn im Rheinland freuen wir uns eher im Stillen und problematisieren vor uns hin.

Ich meine hingegen, dass wir uns selbst und allen anderen viel öfter vor Augen führen müssen, wie großartig sich unsere Region in den vergangenen zwei Jahrzehnten entwickelt hat, wie lebenswert sie ist und welche hervorragenden Zukunftsperspektiven sich hier für die Menschen bieten.

Das ist aus meiner Sicht ein ganz wichtiger Motivationsfaktor!

Einerseits in der Außenwirkung, weil viele Auswärtige unsere Region noch unterschätzen, aber auch für uns selbst, weil wir noch Tatkraft brauchen werden, um die nächsten Herausforderungen anzunehmen und sie ebenfalls erfolgreich zu bewältigen.

Die wichtigste positive Entwicklung der vergangenen Jahre im Kreisgebiet ist zweifellos der Verlauf der Arbeitslosigkeit und die Zahl der Beschäftigten.

Die aktuelle Arbeitslosenquote von 8,4 Prozent ist die mit Abstand niedrigste, seitdem ich im Jahr 1990 meine Tätigkeit als Sozialdezernent des Kreises Unna aufgenommen habe.

Gleichzeitig hatten wir im Jahre 2014 erstmals mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigte als im Jahr 1980, also bevor der große Strukturwandel im Ruhrgebiet richtig begonnen hatte.

Und dies trotz abnehmender Bevölkerungszahl - was sich möglicherweise wieder ändern wird – und trotz zunehmender Automatisierung in unseren Betrieben.

Im Ergebnis haben wir also viele zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen.

Und das ist unter anderem auch ein Ergebnis der erfolgreichen kommunalen Wirtschaftsförderungspolitik, die der Kreis Unna, die Städte und Gemeinden sowie unsere gemeinsame Wirtschaftsförderungsgesellschaft in den vergangenen Jahrzehnten gemacht haben.

Wer sehen will, wie erfolgreicher ökonomischer Strukturwandel aussieht, der muss ins westfälische Ruhrgebiet, der muss in den Kreis Unna kommen!

Und wir haben das geschafft, ohne dass es – so wie in anderen traditionellen Industrieregionen in Europa und in Amerika – zu einer massiven Verelendung der betroffenen Bevölkerung gekommen ist.

Der soziale Friede ist im Kreis Unna trotz der strukturellen Umbrüche immer gewahrt worden!

Mit zeitlicher Verzögerung ernten wir sogar mittlerweile die finanziellen Früchte dieser Entwicklung im Kreishaushalt.

Und zwar in einem größeren Umfang als ich es selbst vor einem Jahr noch geglaubt habe.

Statt der im Haushalt 2015 eingeplanten 97,1 Mio. Euro haben wir im vergangenen Jahr tatsächlich „nur“ 92,2 Mio. Euro für die Kosten der Unterkunft für die Empfänger von Arbeitslosengeld II ausgeben müssen.

Sollte sich dieser Trend in den kommenden Jahren so fortsetzen, dann werden wir in der Lage sein, die städtischen und gemeindlichen Haushalte durch eine Senkung der Kreisumlage zu entlasten.

Zur Ehrlichkeit gehört allerdings dazu, zu erwähnen, dass die Höhe der Kreisumlage auch von anderen Faktoren abhängt, beispielsweise von der Kostenentwicklung bei der Eingliederungshilfe für Behinderte und vom kommunalen Finanzausgleich des Landes Nordrhein-Westfalen.

Ursache für die zurückgehenden Unterkunftskosten ist zum Einen der Rückgang der Arbeitslosigkeit, zum Anderen nach meiner persönlichen Überzeugung aber auch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes durch unsere Bundesregierung im vergangenen Jahr, denn viele Hilfeempfänger, die gar nicht arbeitslos sind, aber ein zu geringes Einkommen haben, erhalten jetzt höhere Löhne

- und das entlastet den Kreishaushalt.

Mein Dank geht daher heute an unsere Arbeitsministerin Andrea Nahles und an die SPD-Bundestagsfraktion (heute stellvertretend an Oliver

Kaczmarek) für diese mutige politische Entscheidung, die bekanntlich gegen große Widerstände durchgesetzt werden musste.

Meine Hoffnung geht jetzt natürlich dahin, dass der Mindestlohn in den kommenden Jahren schrittweise erhöht werden kann, mit der Folge, dass die Anzahl der sogenannten „Aufstocker“ deutlich reduziert und der Kreishaushalt weiter entlastet werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich könnte jetzt die Aufzählung der großartigen Entwicklung der letzten Jahre und unserer gemeinsamen politischen Erfolge fortführen und damit den Vormittag füllen,

beispielsweise indem ich auf das außergewöhnliche Wirtschaftswachstum in unserer Region hinweise, das in den Jahren zwischen 1995 und 2012 deutlich stärker gewesen ist als im Bundes- und Landesdurchschnitt.

Ökonomisch sind wir also im Kreis Unna gar nicht so schlecht aufgestellt

- auch im Vergleich zu unseren Nachbarstädten Dortmund und Hamm –

was sich hier in der Kreisstadt Unna nicht zuletzt durch gestiegene Gewerbesteuerereinnahmen bemerkbar macht.

Leider werden Fakten wie diese durch den von manchen bevorzugten Blick auf das Negative nicht ausreichend wahrgenommen.

Natürlich kann man noch vieles besser machen.

Aber wir alle wissen:

Die weitere Zukunft unserer Region hängt auch vom Optimismus und von guter Stimmung ab.

Und wer immer nur schlechte Stimmung verbreitet, beweist sich selbst und uns allen keinen guten Dienst!

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

da ich gebeten worden bin, heute auch etwas zur aktuellen Flüchtlingssituation im Kreis Unna zu sagen, will ich es bei diesen Ausführungen belassen.

Damit komme ich zu den gewaltigen Herausforderungen, vor denen wir nicht nur im Kreis Unna, sondern in ganz Deutschland in den kommenden Monaten und Jahren stehen werden und für deren Bewältigung wir alle viel Kraft und Ressourcen brauchen werden.

Ich kann Ihnen heute keine allgemeine Analyse der Flüchtlingssituation in Deutschland und in der Welt liefern.

Dafür müsste man einen Bundes- oder Europapolitiker einladen.

Als Landrat des Kreises Unna trage ich auch nicht die Hauptverantwortung für die Bewältigung der regionalen und örtlichen Probleme durch die Flüchtlingsbewegungen.

Für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen sind in Nordrhein-Westfalen die Landesverwaltung und die Verwaltungen der kreisfreien und kreisangehörigen Städte und Gemeinden zuständig, nicht dagegen der Kreis Unna.

Allerdings betreiben meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ausländerbehörde im Auftrag des Landes Nordrhein-Westfalen in Unna-Massen die größte Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in unserem Bundesland und registrieren dort jeden Tag zwischen 200 und 300 neu eingereiste Menschen.

Außerdem kümmert sich das Jobcenter des Kreises Unna zusammen mit der Agentur für Arbeit um die Integration der Zuwanderer in den Ar-

beitsmarkt, eine Aufgabe, die in den kommenden Monaten stark an Bedeutung gewinnen wird.

Das Kommunale Integrationszentrum des Kreises Unna organisiert die angemessene Beschulung der Kinder und Jugendlichen, die zusammen mit ihren Familien nach Deutschland kommen.

Und nicht zuletzt bin ich als Chef der Kreispolizeibehörde auch verantwortlich für die Sicherheit aller Menschen im Kreisgebiet.

Schließlich möchte ich erwähnen, dass ich von 1990 bis 2004 Sozialdezernent des Kreises Unna gewesen bin und Anfang der 1990er Jahre nach der Öffnung der Grenzen zu Osteuropa und nach dem Ausbruch der Jugoslawien-Kriege eine ähnliche Situation wie heute hautnah miterlebt habe.

Damals ist es uns im Kreis Unna gelungen, eine vergleichbar große Zahl von Zuwanderern aus dem Ausland aufzunehmen und erfolgreich in unsere Gesellschaft zu integrieren.

Deswegen ist mir eigentlich nicht bange!

Wir im Kreis Unna können Integration, wir haben große Erfahrungen auf diesem Gebiet und haben hier bereits viel erreicht, auf das wir auch stolz sein können und was uns von anderen Regionen in Deutschland unterscheidet.

Auch in den 1990er Jahren gab es freiwillige Helferinnen und Helfer, die die Behörden und Hilfsorganisationen in vielerlei Hinsicht unterstützt haben.

Heute liegt die Anzahl der Ehrenamtlichen, die sich für Flüchtlinge engagieren deutlich höher und auch die Akzeptanz der Flüchtlinge in der

einheimischen Bevölkerung ist spürbar größer als zu Beginn der 1990er Jahre.

Insbesondere das herausragende ehrenamtliche Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger erleichtert die Aufnahme und die Integration von Flüchtlingen gewaltig.

Das verdient große Anerkennung!

Deswegen bedanke ich mich hier und heute noch einmal ganz herzlich bei den vielen Helferinnen und Helfern für ihre wichtige Arbeit.

Wir brauchen Sie!

Machen Sie weiter so!

Wie viele Flüchtlinge leben z. Z. im Kreis Unna?

Weil sich das tagtäglich ändert, kann ich Ihnen heute nur eine Wasserstandsmeldung geben.

In allen 10 Städten und Gemeinden des Kreises Unna dürften sich z. Z. zusammen 3.728 Flüchtlinge aufhalten, die den Kommunen fest zugewiesen sind, und die für einen längeren Zeitraum oder sogar dauerhaft bei uns bleiben werden.

Das ist weniger als 1 Prozent der Kreisbevölkerung.

Hinzu kommen ca. 3.600 Betten in 8 Notunterkünften, die im Auftrag des Landes Nordrhein-Westfalen betrieben werden.

Die allermeisten dieser Betten sind z. Z. nicht belegt.

Die Menschen halten sich dort nur tage- oder wochenweise auf und werden von dort in andere Städte und Kreise und manchmal sogar in andere Bundesländer weitergeleitet.

Zum Vergleich:

Ende 1993 waren den Kommunen im Kreis Unna 4.500 Flüchtlinge zugewiesen – also deutlich mehr!

Hinzu kamen rund 20.000 Spätaussiedler aus Osteuropa und aus dem asiatischen Teil der ehemaligen Sowjetunion sowie 2.000 bis 4.000 Menschen, die jeweils für wenige Wochen in der damaligen Landesstelle Unna-Massen untergebracht waren.

Die starke Zuwanderung der 1990er Jahre hat damals dazu geführt, dass die Einwohnerzahl des Kreises Unna innerhalb von etwas mehr als 10 Jahren von unter 400.000 auf 431.000 im Jahre 2000 angestiegen ist.

Aufgrund der demografischen Entwicklung ist sie seitdem wieder auf 391.000 gesunken, so dass wir in unserer Region eigentlich auf Zuwanderung angewiesen sind, um unsere Bevölkerungszahl zu halten.

Von den reinen Zahlen her war die Lage Anfang der 1990er Jahre mit der heutigen durchaus vergleichbar.

Und wir haben sie mit großen Anstrengungen und vielen Klagen aber letztlich erfolgreich gemeistert.

Der entscheidende Unterschied zu damals war allerdings, dass die Zuwanderung in dieser Größenordnung deutlich langsamer über mehrere Jahre erfolgte, so dass die Behörden und Hilfsorganisationen sich besser auf die Aufnahme und Unterbringung der Flüchtlinge vorbereiten konnten.

Nicht die absoluten Zahlen sind heute unser Problem, sondern die hohe Schlagzahl bei den Zuweisungen von Flüchtlingen in die Städte und Gemeinden innerhalb kürzester Zeit.

Nicht nur die Nachbargemeinde Holzwickede, sondern auch andere Kommunen werden dadurch an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit gebracht und sind zumindest vorübergehend nicht in der Lage weitere Flüchtlinge unterzubringen.

Hier brauchen wir dringend kurzfristige Lösungen:

Entweder durch eine generelle Verringerung der Zuwandererzahlen nach Deutschland oder durch eine andere Organisation und Steuerung der Flüchtlingsbewegungen durch den Bund und durch die Länder.

Ich begrüße daher den Plan von Landesinnenminister Ralf Jäger, 5.000 Plätze in Landeseinrichtungen für diejenigen Flüchtlinge zu schaffen, die vorübergehend von den zuständigen Kommunen nicht aufgenommen werden können.

Das ist zumindest ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Die Kreisstadt Unna ist bekanntlich von dieser Problematik noch nicht betroffen, denn die Bewohner der Notunterkunft in Unna-Massen werden auf das Aufnahmekontingent für die Stadt angerechnet.

Es war daher eine kluge Entscheidung der verantwortlichen Politiker in Unna, entsprechende Vereinbarungen mit dem Land Nordrhein-Westfalen abzuschließen.

Damit hat man sich die Probleme erspart, die aktuell insbesondere in Holzwickede und in Schwerte die Gemüter bewegen.

Im Übrigen sollte sich die Landesregierung überlegen, den Standort Unna-Massen wieder dauerhaft für eine qualifizierte Aufnahme von Zuwanderern zu nutzen, also die alte Landesstelle in veränderter Form wieder zu reaktivieren.

Die Schließung der Landesstelle Unna-Massen zählt aus meiner Sicht zu den größten Fehlentscheidungen des damaligen Integrationsministers Armin Laschet.

Wir brauchen in diesem Land in den kommenden Jahren wieder eine hochqualifizierte Verwaltung, die die Zuwanderungsbewegungen professionell steuert und die Grundlagen für die Integration von Zuwandern schafft.

Ich habe daher unserer Ministerpräsidentin Hannelore Kraft vorgeschlagen, in Unna-Massen so etwas wie ein Landesintegrationszentrum einzurichten, das die unterschiedlichen Dienststellen der Landesverwaltung, die sich mit Migrationsangelegenheiten befassen, an einer Stelle bündelt und dabei eng mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie mit der Bundesagentur für Arbeit zusammenarbeitet.

Der richtige Ort dafür ist eindeutig das Zentrum von Nordrhein-Westfalen, nämlich Unna-Massen!

Als Landrat des Kreises Unna ist mir ein weiterer Aspekt in der Diskussion über die Aufnahme von Flüchtlingen sehr wichtig:

Flüchtlingspolitik ist in unserem staatlichen System der Bundesrepublik Deutschland Bundesangelegenheit.

Bundestag und Bundesregierung entscheiden darüber, welche Flüchtlinge wir unter welchen Voraussetzungen aufnehmen.

Darauf haben die Kommunen keinerlei Einfluss.

Deswegen muss der Bund auch die Kosten übernehmen, die durch seine Flüchtlingspolitik bei den Kommunen entstehen.

Man nennt das: Verursacherprinzip!

Ich bin sehr dankbar dafür, dass sich Bundes- und Landesregierung hier in den vergangenen Monaten sehr auf die Kommunen zubewegt haben.

Das betrifft insbesondere die Kostenerstattung für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen.

Ein Problem ist aber noch ungelöst:

Diejenigen Flüchtlinge, die für längere Zeit oder gar dauerhaft in Deutschland bleiben dürfen, stehen nach Ablauf bestimmter Fristen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung und haben dann Anspruch auf Arbeitslosengeld II, das vom Jobcenter des Kreises Unna aufgebracht werden muss.

Der größte Teil der Unterkunftskosten für diese Menschen wird dabei über den Kreishaushalt finanziert.

Aus diesem Grund habe ich große Zweifel, ob der Rückgang der Kosten der Unterkunft, den ich zu Beginn meiner Ausführungen aufgrund der guten wirtschaftlichen Lage prognostiziert habe, tatsächlich eintreten wird.

Vielmehr müssen wir beim Jobcenter mit steigenden Fallzahlen und deutlich wachsenden Kosten rechnen.

Das ist für den Kreis Unna und seine Städte und Gemeinden finanziell nicht mehr verkraftbar.

Deswegen fordere ich Bundestag und Bundesregierung auf, die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft für alle Bezieher von Arbeitslosengeld II von derzeit 24,6 Prozent auf mindestens 39,6 Prozent zu erhöhen.

Nur so werden wir in der Lage sein, die kommunalen Haushalte im Kreis Unna stabil zu halten.

Ich habe unsere 4 Bundestagsabgeordneten aus dem Kreisgebiet im Februar in die nächste Bürgermeisterkonferenz eingeladen, um über diese politische Forderung zu sprechen.

Ich erwarte, dass unsere Abgeordneten uns in dieser Angelegenheit in Berlin unterstützen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

als Chef der Polizei im Kreis Unna erwarten Sie sicher von mir auch einige Ausführungen zur Sicherheitslage vor dem Hintergrund der Flüchtlingsbewegungen.

Die Presseberichterstattung über den vermeintlichen IS-Terroristen in Massen und die jüngsten Ereignisse in der Silvesternacht in Köln verunsichern aus nachvollziehbaren Gründen viele Menschen.

Trotzdem empfehle ich auch hier, auch wenn es schwer fällt, Besonnenheit!

Insbesondere bei den schlimmen Geschehnissen in Köln sollte man erst das Ergebnis der polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen abwarten, ehe man eine Verbindung zur aktuellen Flüchtlingssituation herstellt.

Insbesondere sollte der Ruf nach schärferen Gesetzen erst dann erfolgen, wenn feststeht, wer denn die Täter sind und wie man sie bestrafen oder ggf. ausweisen kann.

Strafverschärfungen bringen nur dann etwas, wenn das Risiko, gefasst zu werden, auch hoch ist.

Deswegen müssen zu allererst die polizeilichen Ermittlungsmöglichkeiten gestärkt und die geltenden Gesetze konsequent angewandt werden. Und da gibt es noch viel zu tun!

Außerdem müssen das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und die Bundespolizei endlich in die Lage versetzt werden, alle einreisenden Flüchtlinge zeitnah zu registrieren und auf ihre Identität hin zu überprüfen.

Und schließlich gilt es jetzt mehr denn je die sexuelle Gewalt in unserer Gesellschaft unabhängig von der Zuwandererproblematik mit Nachdruck zu bekämpfen!

Jeder Eingriff in die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen, durch wen auch immer, wird daher konsequent verfolgt!

Konkret kann ich Ihnen nur etwas zur Sicherheitslage im Zuständigkeitsbereich der Kreispolizeibehörde Unna berichten:

Meine Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten beobachten die Lage in den 8 großen Notunterkünften und den 66 kleinen kommunalen Gemeinschaftsunterkünften sehr intensiv.

Die Polizei ist auch häufig vor Ort.

Die objektiv größte Gefahr für unsere Sicherheit im Zusammenhang mit Flüchtlingen geht in Deutschland derzeit von Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte aus, was es im Kreis Unna – dem Himmel sei Dank! - bislang noch nicht gegeben hat.

Die Anzahl dieser Anschläge ist in den vergangenen Monaten exorbitant gestiegen, so dass die Sicherheit der Flüchtlinge sehr stark im Fokus der polizeilichen Arbeit steht.

Vor diesem Hintergrund bin ich als Verantwortlicher für die Bauordnungsbehörde des Kreises Unna auch nicht bereit, bei Baugenehmi-

gungen für Flüchtlingsunterkünfte irgendwelche Kompromisse beim Brandschutz einzugehen, so wie das von mir gefordert wurde.

Ansonsten lässt sich bei uns im Kreis Unna eine erhöhte Straffälligkeit von Flüchtlingen faktisch nicht belegen.

Flüchtlingsunterkünfte im Kreis Unna sind keine Kriminalitätsschwerpunkte!

Bei den Straftaten von Flüchtlingen, die die Kreispolizeibehörde im vergangenen Jahr registriert hat, handelt es sich überwiegend um Straftaten untereinander, die zum Teil auf die schwierige und beengte Unterbringung in Sammelunterkünften zurückzuführen waren.

Natürlich hat die Polizei im vergangenen Jahr auch vereinzelt Hinweise auf mögliche islamistische Täter erhalten, auch hier bei uns in Unna-Massen.

Ich kann Ihnen versichern:

Die Polizei nimmt solche Hinweise sehr ernst.

Die Polizei ist auch allen Hinweisen nachgegangen.

Alle Ermittlungen haben zu dem Ergebnis geführt, dass sich der Verdacht nicht bestätigt hat, auch in Unna-Massen!

Selbstverständlich gibt es wie überall im Leben keine 100-prozentige Sicherheit.

Aber wir tun alles Menschenmögliche, um Gefahren für die Bevölkerung im Kreis Unna abzuwenden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

also Sie sehen:

Im Kreis Unna stehen wir vor gewaltigen gesellschaftlichen Herausforderungen.

Vor uns liegt eine Herkulesaufgabe.

Doch ich bin nach wie vor zuversichtlich, dass es uns gemeinsam gelingen wird, diese erfolgreich zu meistern.

So wie wir das bereits vor 25 Jahren geschafft haben, wenn wir hier vor Ort die dazu erforderlichen Mittel und Ressourcen erhalten.

Und ob die aktuelle Zuwanderung für unsere Region eine Chance sein wird oder nicht, hängt letztlich von uns selbst ab,

nämlich davon, ob wir die Integration der Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, auch wirklich wollen und hoch professionell betreiben oder nicht.

Damit bin ich am Ende meiner Ausführungen angekommen.

Ich wünsche Ihnen allen von dieser Stelle noch einmal alles Gute für das Jahr 2016.

Lassen Sie uns gemeinsam für diese Stadt und für unsere Region arbeiten!

Glückauf!